

## **Neue wirtschaftliche Perspektiven für NRW Sozialen und ökologischen Umbau zukunftsfähig gestalten**

von Rüdiger Sagel, MdL DIE LINKE. NRW, im Februar 2008

Nordrhein-Westfalen ist wie kaum ein anderes Bundesland von Industrie und Arbeit geprägt worden und steht in der Tradition der linken Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften. Neue wirtschaftliche Perspektiven müssen deshalb hier weiter geführt werden. Eine moderne innovative, soziale und ökologische Wirtschaftspolitik setzt ebenso auf das produzierende Gewerbe und die Industrie im Land wie auf zukunftsfähige Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich. Gerade NRW als bedeutendstes Wirtschaftsland der Bundesrepublik braucht eine leistungsstarke produzierende Industrie, einen industriellen Kern, um Impulse für den Dienstleistungssektor, für Handwerk, Wissenschaft und Forschung zu geben. Technik muss umwelt- und sozialverträglich gestaltet werden. Nicht nur neue Arbeitsplätze müssen geschaffen werden, sondern die Arbeitsbedingungen müssen verbessert, Ressourcen geschont und Emissionen verringert werden.

Der sozial-ökologische Umbau in NRW ist daher auch im ureigenen wirtschaftlichen Interesse und muss Hand in Hand mit den Akteuren, wie ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften, gestaltet und zukunftsfähig gemacht werden. Die Vorherrschaft des Neoliberalismus in Wirtschaft und Politik muss beendet und ein politischer Kurswechsel eingeleitet werden. Die Politik muss wieder die Interessen der Menschen in unserem Land statt jene der Wirtschaftskonzerne vertreten. Ein System, das die Profitinteressen einer kleinen Minderheit über alles stellt, muss Ungerechtigkeit, Umweltzerstörung und Krieg hervorbringen. Die Folgen des kapitalistischen Raubbaus sind katastrophal. Sie gefährden das Überleben des Menschen und der natürlichen Lebensgrundlagen.

Ein "Weiter so" kann und darf es deshalb nicht geben.

Die Massenerwerbslosigkeit mit all ihren Folgen, ist die wichtigste ungelöste Gerechtigkeitsfrage in unserem Land. Es gibt nicht das eine Patentrezept gegen die Massenerwerbslosigkeit. Es braucht überzeugende und strukturierte Konzepte und Maßnahmen, die aufeinander aufbauen und ineinander greifen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und nicht auf die Konjunktur zu hoffen. Zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit als größtem Problem benötigt NRW Investitionen in die Zukunft, den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und öffentlich geförderten Beschäftigung, sowie Förderprogramme für Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit. Wir brauchen eine Erhöhung der Löhne und Einkommen für eine Stärkung der Binnenkaufkraft, d.h. ebenso gewerkschaftliche Lohnkämpfe wie die Durchsetzung eines gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von gegenwärtig mindestens 9 Euro, der weiter erhöht wird.

Eine soziale und ökologische Industriepolitik brauchen wir insbesondere für das Ruhrgebiet. Mit dem Ausstieg aus der Steinkohle ohne ein Programm zur Förderung alternativer Arbeitsplätze organisieren CDU/FDP den Rückzug, lassen das Ruhrgebiet zum Armenhaus NRW's verkommen.

Wir brauchen für eine Übergangszeit auch weiterhin die Steinkohle. Doch für eine innovative, soziale und ökologische Industriepolitik liegt der Schlüssel in innovativen Produkten, in den Bereichen Medizintechnik, energieeffizientem Wohnen und

Heizen, ressourcenschonender Produktion und Produkten, der Entwicklung neuer Antriebe und Werkstoffe, dem verstärkten Einsatz natürlicher und nachwachsender Rohstoffe, statt wachsender Abhängigkeit von knappen Rohstoffen und Energieressourcen.

Unser Ziel muss es sein, beim notwendigen Umbau und Strukturwandel neue industrielle Arbeitsplätze zu schaffen. Deshalb ist von Bundes- und Landesregierung zu fordern, die eingesparten Subventionen für die Steinkohle für ein Programm alternativer Industriearbeitsplätze im Ruhrgebiet einzusetzen.

Es muss ein Programm gefordert werden, wie wichtige Industriebranchen in NRW, z.B. Energie, Logistik, Materialentwicklung, Chemie- und Stahlproduktion, ausgebaut und weiterentwickelt werden können. Dabei muss mit den Gewerkschaften, Arbeitgeber-, Umweltverbänden und Kommunen zusammengearbeitet werden.

## **1. Sozialer und ökologischer Umbau für NRW statt Kapitaldominanz**

Die WestLB schlittert hat ein Milliardendefizit verursacht und das Krisenmanagement der Landesregierung bei der WestLB hat die Katastrophe verschärft. Auch der Subventionsabzocker Nokia hat bei der Schließung des Standortes in Bochum Härte gezeigt. Selbst wenn 40 Millionen Euro Subventionen zurückgezahlt werden, kommen davon die Arbeitsplätze in Bochum nicht wieder, denn der Standort ist geschlossen. Es ist eiskalte Wirtschaftspolitik mit dem Ziel maximaler Rendite, die Nokia antreibt. Nicht anders ist es bei der WestLB, wo das Gesamtrisiko der Spekulationswirtschaft bei der Bank bei einem Gesamtengagement in den USA mit 25 Milliarden Euro nach wie vor unklar ist. Die Nieten in Nadelstreifen haben Hand in Hand mit CDU und FDP die größte Finanzkrise des Landes seit der Gründung von NRW verursacht. Dies zeigt aber auch beispielhaft die Auswüchse der herrschenden Wirtschaftspolitik. Gewinne werden privatisiert, Folgen und ihre Kosten sozialisiert - zu Lasten der abhängig Beschäftigten und der Bevölkerung im Land.

Auch in NRW gehört die herrschende Subventionspolitik auf den Prüfstand, auch als Untersuchungsausschuss Gegenstand im Landtag, den aber alle anderen Fraktionen ablehnen. Denn im Zeitalter der Globalisierung nehmen die Konzerne, die sich sonst gern auf die freie Marktwirtschaft berufen, weiterhin gern jeden Fördertopf mit. Eine Garantie für sichere Arbeitsplätze gibt es aber ebenso wenig wie strenge Auflagen bei Subventionen, um das Wandern der Firmen von Fördertopf zu Fördertopf zu unterbinden.

Die Konzerne in NRW machen weiter Riesengewinne und deren Vorstände erzielen Millionen-Einkommen. Beschäftigung wird jedoch nahezu ausschließlich in Form von prekären Arbeitsverhältnissen geschaffen. Langzeitarbeitslose und Jugendliche haben nichts davon. Kehrseite des Exportweltmeisters sind: Lohnsenkung, unsichere Beschäftigung und Steuergeschenke an die Konzerne. Damit muss endlich Schluss sein!

Um ein selbstbestimmtes Leben und sinnvolle, sozial gestaltete Arbeit für alle zu ermöglichen, ist deshalb ein grundsätzlicher Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik unumgänglich.

Es braucht ein Zukunftsinvestitionsprogramm für soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Mit diesem Programm müssen Investitionen in den Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge, für Krankenhäuser, erneuerbare Energien und kommunale Infrastruktur unterstützt werden. Ein solches Programm kann hunderttausende Arbeitsplätze in NRW schaffen. Es stärkt die Binnennachfrage und kleine sowie mittlere Unternehmen.

Ein Förderprogramm von Bund und Land für Arbeitsplätze im Bereich erneuerbarer Energien und energetischer Häusersanierung, das insbesondere für die Bergbauregionen im nördlichen Ruhrgebiet greift, ist zu fordern. Dabei ist auch die Situation der Zulieferindustrie zu berücksichtigen.

Der „Wettbewerb der Regionen“ um Zukunftsprojekte als Grundprinzip der öffentlichen Förderung stellt die Förderung von Regionen bzw. Kommunen mit hoher Arbeitslosigkeit und hoher Armutsquote in Frage und widerspricht dem Grundgesetzgebot der „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“.

Die von der schwarzgelben Landesregierung geänderten Kriterien für die Vergabe der Ziel-II-Fördermittel der EU sind abzulehnen. Wir brauchen eine nachhaltige Regionalpolitik. Entscheidende Kriterien für die Vergabe von Fördermitteln müssen die regionale Wirtschaftsstruktur und die regionale Situation auf dem Arbeitsmarkt mit den bewährten Verfahren und Instrumenten und konsensorientierten Entscheidungsstrukturen sein. Eine Förderung darf nicht am wegen der Haushaltsnotlage vieler Kommunen nicht aufzubringenden Eigenanteil scheitern.

Die vorgegebene Struktur in 22 sogenannten "Clustern" ist allein schon wegen der großen Zahl ineffektiv. Hinzukommt, dass mit der Clusterbildung die Gefahr der Schaffung neuer Monostrukturen einhergeht. Eine finanzielle Vergabe von Fördermitteln nach dem Gießkannenprinzip löst nicht die vorhandenen Probleme und benachteiligt die strukturpolitischen Problemregionen.

## **2. Öffentlich geht vor Privat – rekommunalisieren statt privatisieren**

Mit Privatisierung und Public-Private-Partnership-Projekten betreibt die Landesregierung die Auslieferung der öffentlichen Daseinsvorsorge an private, profitorientierte Unternehmen. Sie gefährdet damit die flächendeckende Versorgung mit öffentlichen Gütern und verhindert den uneingeschränkten Zugang aller BürgerInnen unabhängig von ihrer sozialen Situation.

Die Änderung des § 107 Gemeindeordnung schränkt die Möglichkeiten für kommunale Wirtschaftstätigkeit jenseits des Profitprinzips weiter ein und entmachtet die Stadträte. Das bedeutet die Enteignung von Gemeineigentum mit der Folge höherer öffentlicher Verschuldung, Einnahmeverlusten und einer Aushebelung der öffentlichen Kontrolle. Markt und Wettbewerb kennen keine soziale Gerechtigkeit und keine ökologischen Erfordernisse. Ein Wirtschaftsverbot für die Kommunen ist abzulehnen und wir brauchen eine Daseinsvorsorge in öffentlicher, kommunaler Hand. Einrichtungen und Produkte der Daseinsvorsorge müssen auf qualitativ hohem Niveau und preisgünstig für alle BürgerInnen gesichert werden. Das ist nur möglich, wenn die Daseinsvorsorge der Profitmaximierung entzogen ist.

Die Rechte der Kommunen müssen gestärkt werden. Kommunale Aktivitäten sind zu verstärken, um Abfallwirtschaft, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Stadtwerke und Energieversorgung zu rekommunalisieren. Dies ist eng mit einer sozialen und ökologischen Stadtentwicklung zu verzahnen.

Denn durch einen Vorrang des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und die Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs sowohl in Städten als auch im ländlichen Bereich ist eine sinnvolle Entwicklung möglich.

Eine gründlich veränderte Raum-, Flächennutzungs- und Stadtplanung ist ein Eckpfeiler auch für eine neue Verkehrspolitik. Zersiedlung und Flächenfraß müssen gestoppt werden und es braucht eine Stadt der kurzen Wege. Es geht um die tendenzielle Zusammenführung bzw. Reintegration von Arbeit, Wohnen und Freizeit.

Gerade in der Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik gibt es große Defizite obwohl hier große Potentiale zur Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze liegen. Wohnen ist Menschenrecht. Doch die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG), die auch im Interesse einer sozialen, beeinflussbaren Stadtentwicklung arbeitet, soll verkauft werden. Der Verkauf der LEG an private, profitorientierte Wohnungsgesellschaften oder gar Private Equity Fonds muss unterbunden werden. Die kommunale Wohnungswirtschaft muss gestärkt werden.

Das Gleiche gilt für den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Sparkassen, ihrer kommunalen Einbindung und eine Stärkung ihrer Gemeinwohlorientierung. Die Bestrebungen der Landesregierung, sie für private Investoren zu öffnen, muss verhindert werden.

### **3. Klimakatastrophe verhindern – Alternativen in der Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik umsetzen**

Die Umweltpolitik in NRW ist durch die Interessen der Großkonzerne, ihrer Lobbyverbände und der Vermögenden geprägt worden. In den Politikfeldern der Umwelt-, Energie-, Chemie-, Landwirtschafts-, Abfall- und Wasserwirtschaftspolitik sowie in der Verkehrspolitik wurden falsche Weichen gestellt. Der vom Menschen erzeugte Klimawandel nimmt immer bedrohlichere Dimensionen an.

Ein Richtungswechsel in der Umweltpolitik hat jedoch nicht stattgefunden. Wir brauchen eine konsequente soziale und ökologische Politik, denn nur mit ihr sind die drängenden Umweltprobleme zu lösen.

Der beschlossene Ausstieg aus der Steinkohlesubvention findet sein Gegenstück in der massiven Förderung von billiger Importkohle. Neue klimaschädliche Kraftwerke sind in Bau und Planung, anstatt massiv erneuerbare Energie zu fördern. Hier zeigt sich deutlich: die kapitalistische Wirtschaft und ihre politischen Sachwalter sind nicht in der Lage, integrierten Umweltschutz zu betreiben. Für den ökologischen Umbau der Energieversorgung ist eine Wende in der Energiepolitik vorrangig hin zu dezentralen Strukturen, die Überführung der Energiekonzerne in öffentliche Hand und ihre demokratische Kontrolle notwendig.

Der Ausstieg aus der gefährlichen Atomenergie sowie der äußerst klimaschädlichen Braunkohleverstromung hat höchste Priorität. Mittelfristig müssen wir auch aus der klimaschädlichen Steinkohleverstromung aussteigen. Es muss auf optimale Energieeinsparung, die massive Förderung regenerativer Energien wie Solar-, Wind- und Wasserenergie sowie Geothermie und Biogas gesetzt werden.

Für eine Übergangszeit sind Gaskraftwerke verstärkt zu nutzen und alle Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Koppelung zu betreiben. Dafür ist es dringend erforderlich, die Energieversorgung zu dezentralisieren, zu rekommunalisieren und die Stromnetze zu vergesellschaften.

Wärmeisolierung und energiesparende Technologien gilt es zu fördern. Das schafft zahlreiche neue Arbeitsplätze, vor allem in der Bau-, Metall- und Elektroindustrie sowie im Handwerk.

Einkommensarmen Teilen der Bevölkerung sind Energiesparhilfen zu gewähren.

Braunkohle ist unter den fossilen Energieträgern der größte Klimakiller und es muss deshalb der schnellstmögliche Stopp des Braunkohleabbaus und die Stilllegung aller Braunkohlekraftwerke durchgesetzt werden. Zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen und zur Renaturierung der Abbaugelände in der Braunkohleregion zwischen Köln und Aachen muss ein regionales Forum unter Beteiligung von Gewerkschaften, Umweltverbänden und Bürgerinitiativen geschaffen werden. Insbesondere der RWE-Konzern muss die Kosten für die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen und für die ökologischen Folgen des Braunkohleabbaus übernehmen.

Nach einer Übergangszeit müssen wir auch einen Ausstieg aus der Steinkohleverstromung realisieren, denn insbesondere KohlegröÙkraftwerke sind ökologisch unverträglich. Der Einsatz inländischer Steinkohle soll jetzt weitgehend durch billigere Importkohle ersetzt werden. Das ist aus Sicht des Klimaschutzes und der Versorgungssicherheit eine grundfalsche Weichenstellung. Da die Große Koalition einen Ausstieg aus der Steinkohlesubventionierung bis 2018 beschlossen hat, mit einer Überprüfung im Jahr 2012, müssen hier die Weichen neu gestellt werden.

Eine gerechte und zukunftsfähige Wirtschaftspolitik, eine Stabilisierung der Sozialsysteme, Lebenschancen und Lebensqualität, müssen zukünftig mit einem zunehmend geringeren Ressourcenverbrauch realisiert werden. Eine solche Entkoppelung, das zeigt die Praxis, ist möglich, und der Weg einer erhöhten Ressourceneffizienz muss konsequent gegangen werden. Durch Ressourceneffizienz im Verfahrens- wie im Produktbereich sind weitreichende Innovationen und enorme Beschäftigungspotentiale möglich.

Durch bessere Wärmedämmung und energetische Sanierung von Gebäuden lässt sich nicht nur der Energieverbrauch verringern sondern auch neue Arbeitsplätze vor allem im Handwerk schaffen, wie es auch zu geringeren Energiekosten führt. Durch die Nutzung der Potentiale der Nanotechnologie, der Membrantechnologie wie auch neuer Verfahren der Abwassertechnologie, in welchen Bereichen NRW bereits eine Spitzenstellung hat, lassen sich ebenfalls zahlreiche neue Arbeitsplätze schaffen. Sowohl in der Solar- wie in der Windenergiebranche kann die Spitzenstellung noch ausgebaut werden.

In der industriellen Anlagentechnologie wie in der Brennstoffzellentechnik können weitere Potentiale genutzt werden. Dies bietet sich vor allem auch im Fahrzeugbau an. Nachwachsende Rohstoffe können in der Chemieindustrie den Grundstoff Erdöl zu einem guten Teil ablösen. Ziel sollte es sein, differenzierte Exportstrategien für nachhaltige Produkt-Pakete aus NRW für Zukunftsmärkte und Zielländer zu entwickeln.

#### **4. Neue zukunftsfähige Arbeitsplätze für NRW**

Nordrhein-westfälische Strukturpolitik ist dezentral angelegt. Alle relevanten Akteure, wie Wirtschaft und Gewerkschaften, Umweltverbände und Wohlfahrtsverbände sind in die strukturpolitische Entwicklung einzubinden.

In den Regionen müssen originäre Kompetenzfelder definiert und getreu dem Motto „Stärken stärken“ und "Schwächen verbessern" weiter entwickelt werden. Und genau hier müssen Hochschulen und Unternehmen, Industrie und Dienstleistungen, große Konzerne und kleine Zulieferer sowie Bildungsangebot und Bildungsnachfrage sowie Projektideen und Komplementärwissen zueinander gebracht werden. Starke und leistungsfähige Regionen sind die Grundvoraussetzung für Innovationen. Spätestens an dieser Stelle wird somit auch deutlich, dass Globalisierung und Regionalisierung keine Gegensätze, sondern sich gegenseitig bedingende und fördernde Prozesse sind.

NRW verfügt über starke und leistungsfähige Regionen mit ausgeprägten Kompetenzen in den Bereichen Maschinenbau, Elektrotechnik und Chemie, aber auch in den Bereichen Nanotechnologie, Biotechnologie, Medizintechnik, Moderne Verkehrstechnik, Neue Werkstoffe und Nachrichtentechnik. Überdies kann NRW auf eine besondere Expertise im Bereich der Umwelttechnologien zurückgreifen, so dass das Land einen erheblichen Beitrag zur ökologischen Modernisierung der Bundesrepublik insgesamt leisten kann.

Die Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen gerade auch in Krisenregionen setzt aber vor allem eine andere wirtschaftspolitische Gesamtstrategie voraus: Eine Abkehr von der einseitigen Förderung von Exportindustrien und eine Stärkung der Masseneinkommen sind die ersten Ziele. Wir wollen gesicherte Sozialstrukturen und europäische Mindestlöhne, die verhindern, dass die Beschäftigten gegeneinander ausgespielt werden.

Gerade auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung müssen wir in die Bildung unserer Kinder mehr investieren, denn ihre Bildung und Ausbildung sichert den Wirtschaftsstandort NRW auch in Zukunft. Nicht nur die demographische Entwicklung mit einer immer älter werdende Gesellschaft wirft Probleme auf, sondern auch der Geburtenrückgang wird zu erheblichen Engpässen am Arbeitsmarkt führen. Wo heute die Massenerwerbslosigkeit das Problem ist, wird in zehn bis zwanzig Jahren der Fachkräftemangel Probleme bereiten. Dem müssen wir schon heute massiv entgegen treten.

Im Bereich der Ausbildung werden viele große Unternehmen ihrer Verantwortung für die Zukunft schon lange nicht mehr gerecht, weil sie viel zu wenig oder gar nicht ausbilden. Kleine und mittlere Unternehmen tragen hier den größten Teil und müssen

dafür auch eine Entlastung erfahren. Eine Ausbildungsplatzumlage, die belohnt, wo über den Durchschnitt ausgebildet wird, und zur Kasse bittet, wo trotz vorhandenen Möglichkeiten Ausbildungsverweigerung Praxis ist, kann Entlastung am Ausbildungsmarkt bringen.

Die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen kann nicht darin bestehen, Gewinne zu maximieren und sich steuerlicher und damit gesellschaftlicher Verantwortung möglichst vollständig zu entledigen.

In diesem Zusammenhang ist auch der Wettlauf um die schlechtesten Arbeitsbedingungen, die niedrigsten Steuern und Sozialabgaben sowie um die höchsten Subventionen zu kritisieren. Das Gegenmittel ist aber nicht die generelle Abschaffung von Subventionen. Damit würde sich die Politik von dem Anspruch verabschieden, Solidarität zwischen den starken und den schwachen Regionen zu organisieren. Vielmehr geht es darum, die Strukturförderung qualitativ neu auf die nachhaltige Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen auszurichten und an sozial-ökologische Standards zu knüpfen, sowie die Arbeitsplatzzusagen und Bindungsfristen, die Unternehmen eingehen, wenn sie Steuermittel erhalten, zu verschärfen.

Auch die Wirtschaft muss demokratisch geregelt werden. Nicht das Konzernmanagement hat die Werte geschaffen, sondern alle, die arbeiten. Die ganze Gesellschaft macht die Produktion möglich. Deshalb sollen die Beschäftigten bei Unternehmensentscheidungen mitbestimmen. Massenentlassungen zur reinen Profitsteigerung darf es nicht geben. Die Rechte der ArbeitnehmerInnen bei Entscheidungen über Standortverlagerungen oder Änderungen der Eigentümerstruktur eines Unternehmens müssen gestärkt werden.

Die Bewegungsfreiheit fürs Kapital muss eingeschränkt werden, damit die Wirtschaft den Menschen dient. Deshalb braucht es ein Finanzmarktregulierungsgesetz, das auch Hedge-Fonds bündigt und den Shareholder-Value im Käfig hält, u.a. durch die Beschränkung der Stimmrechte kurzfristiger Anleger wie zum Beispiel von Hedge-Fonds, das Verbot der Übertragung von beim Kauf entstandenen Kosten / Verbindlichkeiten auf das gekaufte Unternehmen und das Verbot des Abzugs von Kapital aus gekauften Unternehmen, insbesondere nach Aufnahme von Fremdkapital.

Wichtig sind ferner klare und transparente Vorgaben in Bezug auf erforderliche Ausschreibungs- und Genehmigungsverfahren. Diese schaffen Verlässlichkeit und sind insofern weitaus zielführender als ein bloßes Vertrauen auf freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft. Und wichtig sind vor allem Investitionen in Bildung, Qualifizierung sowie Forschung und Entwicklung. Denn ohne die Bereitschaft, für die Entwicklung von Innovationen etwas zu tun und dabei auch finanzielle Mittel einzusetzen, werden wir keine Innovationen generieren können.

Eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in NRW muss sich an folgenden Punkten orientieren:

\* Fortsetzung des sozialen und ökologischen Umbaus

- \* Konzentration der Anstrengungen auf Betriebserhalt und Existenzgründungen
  
- \* Stärkung der Binnennachfrage
  
- \* Stärkung des vom Strukturwandel besonders betroffenen Ruhrgebiets
  
- \* Stärkung der endogenen Potentiale in den NRW-Regionen und eine offene und transparente Entscheidungsstruktur